

AUSLAND

Gromyko sprach englisch

Und Baruch siegte „moralisch“

Mit 10 zu 0 Stimmen nahm der Atomenergie-Ausschuß in New York den USA-Plan für internationale Atomkontrolle an. Rußland und Polen enthielten sich der Stimme.

In der Schlußsitzung fing der Vertreter Rußlands, Andrei Gromyko, plötzlich an, englisch zu sprechen. Er bediente sich nicht nur dieser für ihn ungewohnten Sprache. Er versuchte auch wiederholt, den Vertreter der USA, den 76jährigen Bernard Baruch, direkt anzusprechen und ihn gleichsam unmittelbar anzusprechen. Trotzdem blieben die russischen Einwendungen unberücksichtigt.

Baruch ist der Vater des auch nach ihm benannten Fünf-Punkte-Plans. Nach ihm soll eine internationale Kontrollbehörde errichtet werden, deren Aufgabe es ist, die ausschließliche Verwendung der Atomenergie für friedliche Zwecke sicherzustellen.

Umstritten blieb bis zum Schluß eigentlich nur der zweite Punkt. Kein Staat, heißt es in ihm, soll das Recht haben, durch ein Veto die Durchführung der Kontrolle zu behindern.

Dieser Vorschlag, sagte Gromyko, verstoße gegen die Grundsätze der Vereinten Nationen. Trotz dieses Vorbehalts habe Rußland nichts dagegen einzuwenden, den Plan Punkt für Punkt durchzugehen.

Obwohl er direkt angesprochen wurde, enthielt sich Baruch in der Sitzung jeder Äußerung. Erst später, als sein Plan angenommen und damit an den Sicherheitsrat weitergeleitet war, sprach er von „einem moralischen Sieg“.

Vielleicht war es dieser Erfolg am vorletzten Tage des alten Jahres, der den Generalsekretär der UNO, Trygve Lie, zu einem hoffnungsfreudigen Ausblick auf 1947 veranlaßte. Vielleicht aber hatte es ihn auch nur erfreut, daß Brasilien als erste und bisher einzige Nation schon den vollen Jahresbeitrag zur UNO in Höhe von 1 250 887 Dollar für 1946 und 1947 eingezahlt hat.

Trygve Lie sieht keinen Grund, daß bei den Friedensvertragsverhandlungen mit Deutschland und Japan größere Mei-

nungsverschiedenheiten hervortreten könnten, als bei den Verhandlungen über die Verträge mit den Mitläufer-Staaten.

Lies Zuversicht wird sich bald bewahrheiten müssen. Am 10. Januar treten die Stellvertreter der Außenminister in London zusammen. Vertreter des englischen Außenministers Bevin wird Sir William Strang sein. Dieser 54jährige Schotte führte im Sommer 1939 die englische Delegation, die sich damals vergeblich um einen Vertragsabschluß in Moskau bemühte.

Bis zum 25. Februar sollen die Vertreter der Außenminister ihren Bericht fertiggestellt haben. Daß sie schon einen Vertragsentwurf ausarbeiten werden, erwartet niemand.

Wiener Werben

Aber nur im Rahmen der UNO

Oesterreichs Außenpolitik ist aktiv. Der Minister des Aeußeren, Dr. Gruber, ist ein eifriger diplomatischer Reisender seines Landes. Mit Dr. Kleinwächter in Washington und Norbert Bischoff in Moskau hat er zwei wichtige Gesandtenposten neu besetzt.

Von den demnächst stattfindenden Besprechungen der Außenminister-Stellvertreter in London erhofft Oesterreich die Erfüllung folgender Punkte: volle politische und wirtschaftliche Souveränität; Anerkennung des österreichischen Eigentums auch in den Nachbarländern; ein österreichisches Heer von 30 000 Mann; die Grenzen von 1937; Festlegung der Rückforderungsansprüche Oesterreichs an Deutschland im Staatsvertrag; Anhören der österreichischen Vertreter bei Abfassung des Vertrages.

Die inneren Verhältnisse des Landes leiden, wie die Regierung Dr. Figl bei jeder Gelegenheit betont, unter der Vierzonenaufteilung. Vier Besatzungsmächte sind für den kleinen Staat eine schwere Last. Um so mehr bemüht sich Wien, die politische Verbindung mit der Außenwelt herzustellen. Es wird in diesem Bestreben vor allem von den USA und Großbritannien unterstützt.

Die Erklärung der Vereinigten Staaten spricht in diesem Sinne: „Oesterreich wird als befreites Land und nicht als ehemaliger Feindstaat betrachtet. Als befreitem Land werden die Vereinigten Staaten Oesterreich alle jene gesetzlichen,

verwaltungstechnischen und anderen Gegebenheiten zukommen lassen, die den befreiten Gebieten zugesichert worden sind.“

Ebenso tritt Großbritannien für den Grundsatz der österreichischen Unabhängigkeit ein. Oesterreich selbst wünscht „Isolierung“. Bundespräsident Dr. Karl Renner hat den Plan eines katholischen süddeutschen Staatenbundes unter österreichischer Führung abgelehnt. Er erklärte, daß Oesterreich ohne feste Bindungen zu der gleichen Neutralität gelangen wolle, wie die Schweiz sie besitze. Die österreichische Außenpolitik soll nur im Rahmen der UNO geführt werden.

Hierzu sagt Dr. Renner: „Wir haben auswärtige politische Kombinationen außer der einen unseres unmittelbaren raschen Anschlusses an die UNO gar nicht in Erwägung gezogen. Wir werden niemals in eine Kombination irgendwelcher Art eintreten, außer nach dem Wunsch oder mit Billigung der UNO. Wenn ich von unmittelbarer Unterordnung unter die UNO spreche, so geschieht dies aus der Ueberzeugung, daß Blockbildung jeglicher Art kaum als Instrument des Friedens betrachtet werden kann. Selbst dann nicht, wenn sie sich zunächst auf Freundschaft bezieht oder auf nähere nationale Verwandtschaft stützt.“

Blum hat keine rosigen Zeiten

Frankreich zwischen den Bilanzen

In der von Ministerpräsident Leon Blum vor der französischen Nationalversammlung abgegebenen Regierungserklärung finden sich auch einige Hinweise auf die künftig zu verfolgende Deutschlandpolitik der neuen Regierung.

Die französischen Sozialisten haben wiederholt erklärt, daß sie gegen jedwede territoriale Abtrennung von Rhein und Ruhr sind, und daß es ihnen einzig und allein darauf ankommt, ein Wiedererstehen der Kriegsindustrie in diesen Zonen zu verhindern. Diesen Standpunkt haben die französischen Sozialisten nicht verlassen. Er kommt auch in der Regierungserklärung des sozialistischen Kabinetts klar zum Ausdruck. Was andererseits die Reparationen angeht, so verfolgen die Sozialisten mit der gleichen Energie wie die anderen Parteien des



Platz für die UNO — der amerikanische Millionär John D. Rockefeller jr. bot der UNO ein Gelände im New Yorker Stadtteil Manhattan zum Geschenk an, wenn sie dort ihren ständigen Sitz errichten würde. Das Grundstück hat einen Wert von 8,5 Millionen Dollar. Die UNO nahm das Geschenk an. — Dr. Eduardo Zuleta, Kolumbien, der Vorsitzende des „Komitees für den ständigen Sitz der UNO“, wischt sich nach der entscheidenden Sitzung den Schweiß vom Gesicht. Mit ihm freut sich der USA-Senator Warren R. Austin, der für den Antrag Rockefellers stimmte

